

1 **Leitsätze der CDU Ostalb**

2

3 **„Heimat gestalten“**

4

5 **I. Präambel**

6

7 Folgende Leitsätze dienen zur Orientierung unserer Mitglieder, unserer Orts-, Stadt-
8 und Gemeindeverbände sowie unserer Kreistags- und Regionalverbandsfraktion und den
9 Gemeinderatsfraktionen.

10

11 Die Leitsätze wurden vor dem Kreisparteitag 2018 in mehreren Schritten beraten,
12 wesentlich war eine eigens dafür eingesetzte Mitgliederversammlung am 04. August
13 2018, die wertvolle Impulse gab. Diese Form der Mitgliederbeteiligung ist deshalb
14 beizubehalten.

15

16 Die CDU Ostalb ist der mitgliederstärkste Kreisverband der CDU in Nordwürttemberg
17 und mit Abstand die größte parteiliche Gliederung in den Bundestagswahlkreisen Aalen-
18 Heidenheim und Schwäbisch Gmünd-Backnang. Hieraus erwächst eine
19 Gesamtverantwortung der CDU Ostalb für unsere Region. Wir stehen als CDU-
20 Kreisverband mitten unter der Bevölkerung, inmitten der Gesellschaft. Wir lösen
21 Probleme an den Wurzeln, hören zu, denken mit, bieten Lösungen an und handeln
22 und gestalten für unsere Heimat.

23

24 Unsere Mandatsträger auf allen Ebenen, vom Ortschaftsrat bis zum Bund sind
25 aufgefordert, so oft wie möglich Bürgergespräche und Bürgerwerkstätten, Hausbesuche
26 und Vor-Ort-Veranstaltungen durchzuführen. So spürt die Bevölkerung unser Interesse
27 und unsere Präsenz.

28

29 Die CDU Ostalb fußt auf vier Wertesäulen: der christlichen, der liberalen, der sozialen
30 und der wertkonservativen. Diese vier Säulen sind fest verankert im Wertefundament
31 des christlichen Menschenbildes. Mit dieser Verankerung begegnen wir den
32 Herausforderungen für unsere Region mit Zuversicht.

33

34 Die Leitlinien werden regelmäßig überarbeitet, im Kreisvorstand und in einer
35 Mitgliederversammlung beraten und dem Kreisparteitag zur Abstimmung vorgelegt.

36

37 Folgende Themenfelder der regionalen Politik liegen uns besonders am Herzen:

38 1. Ehrenamt

39 2. Bildung

40 3. Verkehr

41 4. Digitalisierung

- 42 5. Gesundheit und Pflege
- 43 6. Wirtschaft und Mittelstand
- 44 7. Landwirtschaft
- 45 8. Integration/Migration
- 46 9. Frauen / Jugend / Senioren / Familien
- 47 10. Sicherheit
- 48 11. Verwaltungshandeln

49

50 **II. Im Einzelnen**

51

52 **1. Ehrenamt - fördern und nicht überfordern**

53

54 Die Ostalb ist eine große und vielfältige Ehrenamtsregion. Gut die Hälfte der
55 Bevölkerung ist in Tausenden Vereinen, Blaulicht- und Hilfsorganisationen engagiert.
56 Die CDU Ostalb würdigt und schätzt dieses Engagement mit Bürgerwerkstätten,
57 jährlichen Veranstaltungen mit dem Ehrenamt und durch Wandertage im Rahmen der
58 Sommeraktionstage und der Ipf-Messe, bei der regelmäßig ehrenamtliche Einrichtungen
59 und Projekte von ehrenamtlicher Vereinsarbeit besucht werden.

60

61 Mit der Ellwanger Erklärung vom 07. September 2017 hat die Ostalb zusammen mit
62 den regionalen Sportbünden und der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr.
63 Susanne Eisenmann Maßstäbe gesetzt. Gesetze werden in Baden-Württemberg künftig
64 durch einen Normenkontrollrat auf ihre Ehrenamtsverträglichkeit geprüft, um
65 überbordende Bürokratie (Dokumentationspflicht, Datenschutz, Arbeitszeiten, Besteuerung
66 etc.) zu verringern und die Freude am Ehrenamt zu stärken. Gleiches gilt es auf
67 Bundesebene anzustreben.

68

69 Vereine fördern das soziale Miteinander, stärken den Zusammenhalt zwischen Jung
70 und Alt, alteingesessen und hinzugezogen und sind das beste Mittel für Integration.

71

72 **2. Bildung - Vielfalt und Verlässlichkeit**

73

74 Die CDU Ostalb steht zum dreigliedrigen Schulsystem in seiner modernen Ausprägung,
75 ergänzt um Gemeinschaftsschulen und Werkrealschulen. Dazu gehören leistungsfähige,
76 besser ausgestattete Berufsschulen. Es gelten die Prinzipien „kurze Beine, kurze Wege“
77 und „kein Abschluss ohne Anschluss“! Wir wollen jede und jeden fördern und halten
78 dafür die passende Schule bereit. Keine Einheitsschule für alle, sondern jedem nach
79 seinen Fähigkeiten, gerechte Chancen für alle.

80

81 Bildung ist der Schlüssel, um Globalisierung und Digitalisierung menschlich zu gestalten.

82 Bildung ist der umfassende Oberbegriff auch für die Themenfelder Aus- und

83 Weiterbildung, lebenslanges Lernen und Qualifizierung im Beruf. Bildung ist zugleich
84 praktische Sozialpolitik. Unsere Berufsschulen sind dabei das beste Rezept gegen den
85 Fachkräftemangel. In den immer wichtiger werdenden „MINT-Fächern“ fordern wir,
86 bereits während der Schulzeit Netzwerke mit den Hochschulen, Unternehmen und
87 Kammern zu spinnen und Kontakte aufzubauen.

88

89 Dem Lehrermangel kann durch eine Verbeamtung angestellter Lehrer, sowie die
90 Einbindung von Pensionären und Quereinsteigern aus der Wirtschaft begegnet werden.
91 Darüber hinaus müssen die Anzahl der Studienplätze für Lehramt an der PH
92 Schwäbisch Gmünd wieder hochgefahren und mehr personelle Ressourcen für die
93 Schulsozialarbeit bereitgestellt werden.

94

95 Die digitale Bildung bereits in der Grundschule wird von uns unterstützt, solange dies
96 nicht zulasten der Grundlagenausbildung in Kopfrechnen, Lesen, Schreiben, Schrift oder
97 Auswendiglernen, Schwimmen und Sport geht.

98

99 Zur angemessenen Unterstützung von Bildungsbemühungen gehört auch, die
100 Bildungsträger einschließlich der Volkshochschulen der Region gut an das öffentliche
101 Personennahverkehrssystem anzuschließen. Dazu gehören auch entsprechende
102 Verbindungen in den Abendstunden und an Wochenenden bzw. Rufbussysteme.

103

104 **3. Verkehr - Mehr als die B29, vernetztes Denken**

105

106 Der Ausbau der B29 zwischen Schwäbisch Gmünd und Aalen ist ein Musterbeispiel
107 für den Zusammenhalt der Region und ein Erfolg, der ausschließlich der Hartnäckigkeit
108 der Union auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zuzurechnen ist.

109

110 Denselben Zusammenhalt aller Gremien, betroffenen Ortschaften, des Landkreises und
111 der Unionsabgeordneten brauchen wir, um mit der B29n eine bessere Anbindung
112 des Ostalbkreises und Bayerns östlich der A7, von der bayerischen Landesgrenze bis
113 zu der BAB 7, herbeizuführen. Eine Verhinderung dieser Straße, wie sie die Grünen
114 in der Region, im Land und im Bund betreiben, hätte zur Folge, dass
115 das Härtsfeld durch Eigeninitiative der Bayern, sich über den Ausbau der Umfahrungen
116 von Nördlingen über das Härtsfeld einen eigenen Zugang zur BAB 7 zu schaffen,
117 ungeplant von Zusatzverkehren in erheblichem Maße betroffen wäre. Deshalb kommt
118 es auf enge Kooperation mit unseren bayerischen Nachbarn und unserer Bevölkerung
119 in den betroffenen Regionen an. Wir sollten alles tun, damit die bis 2002 und seit
120 2015 durch unsere Anstrengungen endlich wieder im Bundesverkehrswegeplan im
121 vordringlichen Bedarf befindlichen Orts-
122 umfahrungen Pflaumloch und Trochtelfingen endlich begonnen werden und das
123 Linienfindungsverfahren für die Umfahrung von Bopfingen und Aufhausen endlich

124 ergebnisoffen und zugleich ökologisch vertretbar angegangen wird. Dann haben wir
125 eine durchgängige Verbindung einer ausgebauten B29 zwischen Schwäbisch Gmünd
126 und der bayerischen Landesgrenze und die Bevölkerung ostwärts der BAB A7 fühlt
127 sich nicht mehr abgehängt. Gleiches gilt für die B466 von Nördlingen über
128 das Härtsfeld nach Heidenheim, diese wichtige Verbindungsachse ist als Bundesstraße
129 unbedingt zu erhalten, um die hochwertige Anbindung der Region an das überregionale
130 Straßennetz zu gewährleisten und die Verantwortung für den Bauhalt klar zu regeln.
131 Wir unterstützen den durchgehend vierspurigen Ausbau der B29 zwischen Schwäbisch
132 Gmünd und Aalen unter der Maßgabe, dass für Böbingen nur eine Troglösung in
133 Frage kommt.

134
135 Die vereinfachte Verkehrsführung durch Kreisverkehre ist dort, wo sie unter Verkehrs-
136 und Sicherheitsaspekten vertretbar ist, von Kreis, Land und Bund stets zu präferieren.

137
138 Beim ÖPNV-Angebot gilt es im Rahmen geltender Ausschreibungsregeln und im
139 Rahmen des rechtlich zulässigen einheimische Firmen zu fördern. Verbünde und
140 Anbindungen an andere Verkehrsverbünde sind im Sinne einer Angebotsverbesserung
141 für die Einwohnerinnen und Einwohner anzustreben. Der Anbindung an die
142 Metropolräume Ulm, Stuttgart, München und Nürnberg ist dabei zu verbessern.

143
144 Es ist zu prüfen, ob ehrenamtlich Aktive Vergünstigungen im ÖPNV erhalten können,
145 um ihr ehrenamtliches Engagement insbesondere in den Blaulichtorganisationen zu
146 würdigen und den privaten finanziellen Aufwand gering zu halten.

147
148 Die Subventionierung in der Schülerbeförderung stellt einen der größten Haushaltsposten
149 im Kreis dar. Um dem Einhalt zu gebieten, setzen wir uns für das „Prinzip der
150 nächstgelegenen Schule“ ein. Wer sein Kind auf eine weiter entfernte Schule seiner
151 Wahl schicken möchte, muss die zusätzlich anfallenden Beförderungskosten selbst
152 tragen, hierzu ist das Fahrkartenkonzept des Ostalbkreises anzupassen.

153
154 Das 50/50-Taxi des Ostalbkreises ist ein Erfolgsmodell zur Unterstützung der Mobilität
155 junger Menschen. Ein entsprechendes Angebot für Senioren wäre wünschenswert und
156 ist auf seine finanzielle Machbarkeit hin zu prüfen.

157
158 Der Wechsel des Anbieters im SPNV von der DB zu privaten Anbietern verläuft nicht
159 reibungslos. Wir fordern vom grünen Landesverkehrsminister eine vorausschauende
160 Schienenpolitik, die den von ihm verursachten Anbieterwechsel von der DB zu privaten
161 Anbietern ausreichend vorbereitet und geräuschlos regelt damit die privaten Pendler
162 nicht unter der Umstellung leiden. Der Wettbewerb im ÖPNV darf dabei Bewährtes
163 nicht zerstören.

164

165 Wir setzen uns dafür ein, den Gültigkeitsbereich des BW-Tickets, sowie des
166 Bayerntickets grenzüberschreitend bis Donauwörth bzw. bis Aalen auszudehnen. Analog
167 der Regelungen in den Räumen Ulm – Iller – Günzburg – Dillingen bzw. Würzburg
168 – Main Tauber Kreis.

169
170 Die neuen Möglichkeiten der E-Mobilität machen es notwendig, auch in diese
171 Verkehrsträger zunehmend zu investieren. Immer mehr Menschen sind im öffentlichen
172 Raum auf Pedelecs oder E-Bikes unterwegs. Für den Schutz und die Mobilität
173 dieser Verkehrsteilnehmer muss die notwendige Infrastruktur in Form von
174 Radschutzstreifen und Ladestationen geschaffen werden. Bei Neubau-, Ausbau- und
175 Instandhaltungsmaßnahmen auf Kreis- und Landesstraßen sind Anforderungen des
176 Radverkehrs dementsprechend zu berücksichtigen. Die Hochschule Aalen könnte hierbei
177 in die Forschung und Entwicklung der E-Mobilität und alternativer Antriebe
178 miteingebunden werden.

179
180 Die Mautpflicht auf Bundesstraßen führt auch im Ostalbkreis zu zunehmendem
181 Mautausweichverkehr. Die Landkreisverwaltung ist aufgerufen, die Entwicklung zu
182 beobachten und gegebenenfalls Korridorsperrungen vorzunehmen.

183
184 **4. Digitalisierung - Mehr als Breitband und eine Zukunftschance!**

185
186 Digitalisierung ist mehr als Breitband und Glasfaserverlegung. Sie umfasst alle
187 Fertigungs- und viele Lebensprozesse und lässt sich nicht isoliert betrachten.

188
189 Gerade deshalb wird die Digitalisierung in der Bevölkerung sehr unterschiedlich
190 wahrgenommen, oft in vielfacher Sorge. Folglich sollten wir als Christdemokraten alles
191 tun, dass diese Digitalisierung in all ihren Facetten so transparent wie möglich erläutert
192 wird und unsere regionalen Firmen wie Bildungseinrichtungen Hilfestellungen erhalten,
193 zur Weiterbildung im Beruf beizutragen. Zugleich sollten alle Bildungseinrichtungen im
194 engen Austausch mit den Firmen der Region fortlaufend auf die Digitalisierung
195 vorbereitet und evaluiert werden.

196
197 Privatpersonen, aber auch Unternehmen, muss eine Anlaufstelle bspw. im Landratsamt
198 oder bei den Kammern zur Verfügung stehen.

199
200 Überlegungen wie „autonomes Fahren“ klingen zwar gut, bleiben aber Zukunftsmusik,
201 solange auf der Ostalb selbst in unmittelbarer Nähe größerer Städte Funklöcher im
202 Mobilfunknetz bestehend! Ziel sollte vielmehr sein, so rasch wie möglich flächendeckend
203 den LTE-Standard und mittelfristig 5G zu erreichen!

204

205 Kommunen ist seitens der CDU und des Landes zu helfen, damit sie nicht
206 auf Vectoring der Telekom als Zwischenschritt zum Glasfaser angewiesen sind, sondern
207 so rasch wie möglich mehrere Hundert MBit up-/download erreichen und nicht in
208 einigen Jahren nochmals für diesen jetzt schon überfälligen Schritt knappe Steuergelder
209 investieren müssen.

210

211 Die Digitalisierung wird gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, da sie
212 in erster Linie zu weiterer Automatisierung führen wird. Insbesondere
213 Niedrigqualifizierten in der Region müssen frühzeitig Aus- und Weiterbildungsstrategien
214 mit klaren Konzepten aufgezeigt und angeboten und von den Kammern
215 gefördert werden. Zugleich bietet die Digitalisierung verbunden mit einem klugen
216 Breitbandnetzausbau die Chance, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege auch
217 im ländlichen Raum zu ermöglichen ebenso wie erleichterte Wege in die Selbständigkeit.

218

219 **5. Gesundheit und Pflege - Neue Wege gehen**

220

221 Gesundheitsvorsorge ist Daseinsvorsorge und gelebte Sozialpolitik. Sie darf etwas
222 kosten, sie muss uns etwas Wert sein.

223

224 Mit drei (von ehemals sieben) Krankenhäusern ist der Ostalbkreis in der Fläche
225 vergleichsweise immer noch sehr gut aufgestellt. Zum Erhalt dieser Kliniken bekennen
226 wir uns, ggf. erforderliche Spezialisierungen unterstützen wir. Notwendig hierfür ist
227 jedoch die Umsetzung der Krankenhauskonzeptes 2020 des Ostalbkreises.

228 Die CDU Ostalb fordert darüber hinaus vom Land, dass es seiner Investitionspflicht
229 bei kommunal geführten Krankenhäusern in vollem Umfang nachkommt.

230

231 Der Arztberuf ist ein weiblicher Beruf geworden, auf die besonderen Bedürfnisse der
232 Frauen insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmodelle ist deshalb besonders Rücksicht
233 zu nehmen. Der Ärztemangel, vor allem auf dem Land, ist
234 eine komplexe Herausforderung, für die es keine Patentlösungen gibt. Die Einbindung
235 der Kommunen in die Versorgung darf daher kein Tabu sein. Finanzielle Anreize
236 seitens der Kommunen, um Hausärzte zu gewinnen, sind ebenso denkbar, wie die
237 Einbindung der Kommunen in die Organisation ärztlicher Versorgungszentren.

238

239 Auch der Ostalbkreis hat eine älter werdende Gesellschaft und muss für die Zukunft
240 ausreichend ambulante und stationäre Pflegeplätze vorhalten. Die Investitionen der
241 Wohlfahrtsorganisationen alleine werden hierbei nicht genügen. Wie beim Wohnraum
242 sind auch hier die bürokratischen Hürden und die Nebenkosten herunterzuschrauben,
243 um den Markt für private Investoren attraktiv zu machen. Die Pflegekampagne
244 des Ostalbkreises unterstützen wir.

245

246 Neben den Pflegeplätzen wird auch der Fachkräftemangel in der Pflege eine große
247 Herausforderung. Die CDU Ostalb sieht hier eine große Chance für den 2. Arbeits-
248 und Ausbildungsmarkt, ebenso wie für die Europäische Ausbildungs- und
249 Transferakademie EATA in Ellwangen.

250

251 **6. Wirtschaft und Mittelstand - Leistungsträger unterstützen und entlasten**

252

253 Handwerk und Industrie prägen mit mittelständischen Unternehmen und Familienbetrieben
254 seit vielen Jahrhunderten unsere Heimat und haben zum beträchtlichen Wohlstand
255 unserer Region beigetragen.

256

257 Qualifizierten Nachwuchs zu sichern ist deshalb eine unserer wichtigsten Aufgaben.
258 Deshalb gilt es insbesondere kleinere Betriebe, die noch ausbilden, zu unterstützen,
259 damit Personal nicht von größeren Betrieben ohne Ausgleich bzw. Erstattung der
260 Ausbildungskosten abgeworben wird.

261

262 Wir benötigen in den KMU eine Weiterbildungskultur, die in den Beruf zu integrieren
263 ist. Das sichert Arbeitsplätze und Qualifizierung. Vorstellungen anderer Parteien, den
264 Bezug von ALG zu verlängern, um in der Arbeitslosigkeit Qualifizierungsmaßnahmen
265 vorzusehen, verkennt die Notwendigkeit, gerade im Beruf zu qualifizieren und somit
266 das Risiko der Arbeitslosigkeit mit all ihren Konsequenzen schon von vornherein so
267 gering wie möglich zu halten.

268

269 Der Fachkräftemangel spitzt sich immer weiter zu. Als ein Instrument dagegen fordern
270 wir, dass bei Berufsberatungsprogrammen in Schulen Handwerks- und Industriebereufen
271 mehr Raum gegeben wird.

272

273 Wir sollten auf der Ostalb ein Markenzeichen digitaler Sicherheit als besonders
274 Gütezeichen und Qualitätsmerkmal anstreben, das den Ruf baden-württembergischer
275 Unternehmen im Bereich der Cybersicherheit stärkt. Technische Produkte aus der
276 Region, die Eingang in die Wertschöpfungsketten von Global Playern finden, sollten
277 damit als besonders wertstark gefördert werden.

278

279 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Netzwerk aus Hochschulen, IHK,
280 Handwerkskammern und Innungen, Industrie und Handwerk junge Leute für die
281 Selbstständigkeit bzw. Übernahme bereits bestehender Betriebe begeistert und die
282 Gründerkultur auf der Ostalb fördert. Eine Zusammenarbeit mit den Berufsschulen bietet
283 sich hierzu an, um bereits frühzeitig Kontakte zu knüpfen und know-
284 how auszutauschen.

285

286 Die Wirtschaft unserer Region ist auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen.
287 Dies betrifft neben dem Ausbau der digitalen Infrastruktur und den Bundesstraßen als
288 Lebensadern unseres Kreises auch die Landes- und Kreisstraßen abseits der
289 Hauptachsen. Deren Instandhaltung ist für viele Betriebe und Pendler ebenso essentiell
290 und vom Kreis daher künftig stärker zu betreiben.

291
292 Die Abschaffung des Meisterbriefs in vielen Handwerksberufen war ein Fehler, dessen
293 Korrektur wir politisch fordern.

294
295 Die ständige Ausweitung der versiegelten Flächen ist nicht mehr zu vertreten. Auch
296 vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es volkswirtschaftlich nur
297 dann sinnvoll, neue Flächen zur Bebauung auszuweisen, wenn gleichzeitig innerörtliche
298 Bereiche nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gerade in den kleinen Orten sollte
299 für einheimische Familien und ihren Nachwuchs Entwicklungsmöglichkeiten geboten
300 werden, um eine Abwanderung zu verhindern. Kreative Innenentwicklung und effiziente
301 Flächennutzung sind angesichts der demographischen Entwicklung auch aus finanziellen
302 Gründen zukunftsweisend.

303 304 ***Erneuerbare Energien, Umwelt- und Naturschutz***

305
306 Im Sinne der Nachhaltigkeit treten wir für eine gleichrangige Beachtung von
307 ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen ein. Die CDU- Ostalb bekennt sich
308 zu der Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu nutzen, aber auch zu
309 schützen und den eigenen Wert der Natur und allen Lebens unabhängig vom Nutzen
310 für den Menschen zu achten. In Zeiten zunehmender Globalisierung der Märkte gilt
311 es nach Antworten auf die Frage zu suchen, wie sich gesundes Leben und
312 naturverträglicher Wohlstand vereinbaren lassen.

313
314 Die CDU- Ostalb sieht den Menschen zum verantwortungsvollen Umgang mit Natur
315 und Umwelt verpflichtet. In der Naturschutzpolitik setzen wir auf Kooperation statt
316 Konfrontation. Wirksamer Naturschutz ist nur mit den betroffenen Landwirten,
317 Unternehmen, Kommunen, Verbände und Bürgern möglich.

318
319 Wir werden die Arbeit des Landschaftserhaltungsverbands im Ostalbkreis weiterhin
320 unterstützen und fördern.

321
322 Einer nachhaltigen Entwicklung, die wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit der
323 Erhaltung und dem Schutz von Natur und Wirtschaft in Einklang bringen, messen wir
324 deshalb zentrale Bedeutung zu. Mittel hierzu ist eine präventive, vorsorgende
325 Umweltpolitik.

326

327 **Artenschutz**

328

329 Wir setzen uns dafür ein, dass auf Grün- und Freiflächen im Eigentum des Landkreises
330 bzw. der Kommunen auf den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden (Glyphosat)
331 verzichtet wird.

332

333 Mit dem von einem Unionsabgeordneten initiierten Lehrstuhl für Erneuerbare Energien
334 an der Hochschule Aalen, der sich auch um Speichertechnologien und um Akzeptanz
335 für EE in der Öffentlichkeit befasst, verfügt unsere Region über einen Leuchtturm, der
336 seinesgleichen sucht. Mit diesem Pfund gilt es gerade in den Erschwernissen der
337 Energiewende zu wuchern, hier sind regionale KMU und die Landwirtschaft wie die
338 Kommunen, s. Rainau, noch intensiver einzubinden.

339

340 Klimaschutz muss in den Schulen erlebbar gemacht werden, Zukunftstechnologien
341 gilt es in Kooperation mit den regionalen Hochschulen für unsere Wirtschaft zu
342 erschließen.

343

344 Beim Windkraftanlagenbau setzen wir uns für eine zurückhaltende Politik
345 im Ostalbkreis ein. Insbesondere fordern wir eine flexible Abstandsflächenberechnung
346 zu Wohnbebauung in Höhe der zehnfachen Nabenhöhe.

347

348 Insbesondere der ländliche Raum profitiert von der Nutzung der eigenen natürlichen
349 Ressourcen (nachwachsende Rohstoffe, Verwertung von Reststoffen)
350 zur Energieerzeugung. Die Rahmenbedingungen für den Einsatz von regionaler
351 Biomasse zur Energieerzeugung ist mit Ausnahme des Einsatzes von Mais – positiv zu
352 sehen. Eine dezentrale, regionale Energieversorgung stärkt die Wertschöpfung in den
353 ländlichen Regionen und bietet zusätzliche wirtschaftliche Perspektiven für die
354 Landwirtschaft.

355

356 **7. Landwirtschaft - Rückgrat der Ostalb**

357

358 Eine Ostalb ohne Landwirtschaft ist undenkbar! Die CDU arbeitet traditionell mit dem
359 Kreisagrarausschuss, dem Bauernverband, den Landfrauen und der Landjugend, dem
360 Bund der Milchviehhalter, den Geflügelzüchtern und anderen bäuerlichen Einrichtungen
361 eng und gut zusammen. Eine funktionierende Landwirtschaft ist Garant der ländlichen
362 Räume und wichtigster Faktor der Landschaftspflege auf der Ostalb.

363

364 Die gemeinsamen Initiativen des Kreisbauernverbandes mit dem Landratsamt sind mehr
365 als Imagepflege und daher begrüßenswert und auszubauen. Den Wunsch aus der
366 Bauernschaft nach mehr Personal in der Abteilung Landwirtschaft im Landratsamt
367 unterstützen wir.

368 Die CDU Ostalb hilft mit, dass die Familienbetriebe in der Landwirtschaft Stimme und
369 Gehör finden. Die CDU spricht mit den jeweiligen Verbänden, die oft in Konkurrenz
370 zueinander stehen und fördert die bessere Zusammenarbeit dieser Verbände und steht
371 Ihnen als verlässlicher Partner zur Seite. Essentieller Bestandteil der Landwirtschaft
372 und Ihrer Familienbetriebe sind die Landfrauen und die Landjugend. Sie leisten wertvolle
373 Arbeit für die Gesellschaft im ländlichen Raum und haben dabei unsere vollste
374 Unterstützung. Wir verteidigen unsere Landwirte gegen illegale Aktionen wie
375 Stalleinbrüche durch Aktivisten. Solches Vorgehen ist nicht zu legalisieren und
376 vermeintliche „Beweise“ dürfen nicht verwertet werden. Vielmehr ist es als Haus- und
377 Landfriedensbruch unter Strafe zu stellen.

378
379 Wir fordern eine verbindliche Entscheidung des Gesetzgebers zum 4.Weg bei der
380 Ferkelkastration. Immer neue Auflagen und Bauvorschriften gefährden den Bestand der
381 Schweinehalter und sind abzulehnen.

382
383 Landwirtschaft ist mit vielen Risiken aus höherer Gewalt verbunden. Um dem
384 vorzubeugen setzen wir uns für eine steuerfreie Risikorücklage für Landwirte ein, damit
385 Gewinne über mehrere Jahre verteilen zu können. Eine Subventionierung von
386 Mehrgefahrenversicherungen ist zu prüfen.

387
388 Die Landwirte dürfen nicht mit immer neuer Bürokratie überhäuft werden, sondern
389 sollen sich wieder um ihre Kernkompetenz, die Landwirtschaft kümmern. Daher setzen
390 wir uns für einen massiven Bürokratieabbau in der Landwirtschaft ein.

391
392 Die Begrünung der Gewässerrandstreifen hat enteignungsgleichen Charakter. Einen
393 Ausgleich für die Ertragsausfälle auf den betroffenen Flächen halten wir daher für
394 angemessen.

395
396 Die pauschale Flächenförderung der EU ist dahingehend zu ändern, dass die ersten
397 30 ha deutlich höher zu fördern sind als die weiteren Flächen. Das stärkt die
398 Familienbetriebe in Süddeutschland gegenüber „Agrarfabriken“ im Norden und Osten.

399
400 Regionale Wirtschaftskreisläufe sind ressourcensparend, umweltfreundlich, produzieren
401 hochwertige Produkte und sichern Wertschöpfung vor Ort. Die CDU Ostalb setzt sich
402 dafür ein, regionale landwirtschaftliche Produkte stärker zu fördern und besser zu
403 vermarkten.

404
405 Regionalisierung ist ein notwendiger Ausgleich zum Globalisierungstrend. Der Stärkung
406 und dem Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe kommt auch aus umweltpolitischer
407 Sicht große Bedeutung zu. Ein wesentlicher Teil der Regionalentwicklung ist die

408 innerörtliche Nahversorgung. Kommunen und Unternehmen, die das fördern, sind zu
409 unterstützen.

410

411 **8. Integration/Migration - Mehr Pragmatismus wagen**

412

413 Der Großen Kreisstadt Ellwangen, seiner Einwohnerschaft und den vielen ehrenamtlich
414 Aktiven gilt großer Dank und Anerkennung für die Landeserstaufnahmeeinrichtung LEA
415 Ellwangen. Ellwangen übernimmt damit Verantwortung für die gesamte Region und hilft
416 damit, dass die Flüchtlingszuweisungen an den Ostalbkreis sehr gering sind. Deshalb
417 hat Ellwangen besondere Förderung und Wertschätzung auch durch
418 bessere Kooperationen mit anderen Städten und Gemeinden verdient. Lastenteilung ist
419 keine Einbahnstraße!

420

421 Die CDU Ostalb fordert ein Zuwanderungsgesetz, das die rechtzeitige und
422 vorausschauende Gewinnung von Fachkräften regelt. Maßgeblich für uns sind 1.
423 Kenntnisse deutscher Sprache, um ein Interesse an unserem Land nachzuweisen, 2.
424 eine abgeschlossene Ausbildung, die in Deutschland anschluss- bzw.
425 weiterqualifizierungsfähig ist und 3. Anerkennung der deutschen Rechtskultur
426 beispielsweise durch ein feierliches öffentliches Gelöbnis im Rahmen einer Zeremonie
427 im Landratsamt oder Rathaus.

428

429 Integration gelingt am besten durch Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb ermutigen
430 wir die Kommunen, auf Unterbringungen in Form von „Kasernisierung“ zu verzichten,
431 da dies zur „Ghettoisierung“ führt.

432

433 Dort, wo eine Ausreisepflicht nach geltendem Recht besteht, fordern wir die Kommunen
434 und den Landkreis auf, die Durchsetzung dieser Pflicht zu unterstützen. Im Falle von
435 Zuwiderhandlungen und Verstößen fordern wir eine Umstellung von Geld- zu
436 Sachleistungen. Integrations- und Ordnungspolitik stellen keinen Widerspruch dar!

437

438 Die doppelte Staatsbürgerschaft für unsere türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hat
439 sich nicht umfassend bewährt. Bestehende Regelungen sind allerdings einzuhalten, für
440 die Folgegeneration und Neubürger ist ein Wahlrecht bis zum 18. Lebensjahr
441 anzustreben, so dass ab dem 18. Lebensjahr idealerweise eine Staatsangehörigkeit
442 gilt.

443

444 ***Für ein Bündnis mit der Südhalbkugel***

445

446 Nachhaltig wirtschaften bedeutet für uns auch Solidarität mit den Ländern in Afrika,
447 Asien und Südamerika. Ein neues Leitbild für ein Bündnis mit dem Süden ist unser
448 Ziel. Aufgabe ist es, die Menschen dort zu befähigen, sich eigenständig zu ernähren

449 und mit Gebrauchsgütern zu versorgen. Die Begriffe bio – regional – fair umschreiben
450 menschliche Wirtschaftsweisen und Handelsstrukturen. Sie verlangen Veränderungen
451 auch bei uns. Wirtschaften ist nicht wertfrei.

452

453 Als Beitrag zur niederschweligen Entwicklungshilfe und zur Fluchtursachenbekämpfung
454 können wir uns vorstellen, dass der Ostalbkreis einer Partnerschaft eingeht oder eine
455 Patenschaft übernimmt mit/für eine Region in Afrika.

456

457 **9. Frauen / Jugend / Senioren / Familien - Mehr Mitsprache, mehr Teilhabe**

458

459 Bezahlbarer Wohnraum stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar,
460 weshalb uns diese Frage besonders am Herzen liegt. Gerade für Alleinstehende und
461 Alleinerziehende, aber auch für Senioren und junge Familien ist erschwinglicher
462 Wohnraum rar geworden. Es gilt deshalb alles zu tun, die verfügbaren Förderprogramme
463 auf Bundes- und Landesebene für die Ostalb zu erschließen und den Kommunen,
464 ebenso wie privaten und kommunalen Wohnungsbauträgern verfügbar zu
465 machen. Dem Staat als Kostentreiber muss hier durch Entbürokratisierung Einhalt
466 geboten werden. Sozialer Wohnungsbau darf nicht durch die Landesbauordnung
467 erschwert und verteuert werden.

468

469 Kita- und Kindergartenplätze sind Mangelware. Daher sind Betriebseinrichtungen, welche
470 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders fördern, auf der Ostalb im
471 besonderen Maße zu unterstützen.

472

473 Wir setzen uns für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft
474 ein, für Chancengleichheit und für gleiche Bezahlung. Als CDU-Ostalb streben wir im
475 Kreisvorstand und in allen unseren Gremien eine paritätische Besetzung an. Die CDU
476 Ostalb fördert intensiv die Aufnahme von deutlich mehr Frauen als Mitglieder, als
477 Vertreterinnen in Gremien, Funktionen und Mandaten. Wir appellieren an alle
478 Gliederungen, sich aktiv und zugewandt dem Thema der Frauenförderung anzunehmen.
479 Frauen sind in der CDU Ostalb mit 22,4 % stark unterrepräsentiert, wie in der CDU
480 insgesamt. Im Kreisvorstand ist es gelungen, knapp 40% der gewählten Positionen
481 mit Frauen zu besetzen. Wir ermutigen Frauen, sich um Positionen zu bewerben und
482 regen an, wo immer möglich, dass Listen und Kandidaturen ausgewogen mit Frauen
483 und Männern besetzt und ermöglicht werden. Wir brauchen den Sachverstand der
484 Frauen stärker als bisher, nehmen Frauen gerne bei uns auf und ermutigen sie zur
485 aktiven Mitgestaltung.

486

487 Jugendlichen möchten wir eine angemessene Vertretung und Berücksichtigung Ihrer
488 Interessen ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, sollte im Ostalbkreis die Einrichtung

489 weiterer Jugendgemeinderäte vorangetrieben werden. Die CDU und die Junge Union
490 unterstützen diesen Prozess aus tiefster Überzeugung.

491

492 Die Arbeit des Kreisfrauenrates, des Kreissenioresrates und des Kreisjugendringes ist
493 in vielfältiger Weise wertvoll und erfährt unsere uneingeschränkte Unterstützung. Ein
494 Anhörungsrecht in den Kreistagsgremien und in der Landkreisverwaltung zu den sie
495 betreffenden Themen ist wünschenswert.

496

497 **10. Sicherheit - aus der Mitte der Gesellschaft**

498

499 Lob und Anerkennung gilt unseren Polizeidienststellen, Feuerwehren und
500 Rettungsdiensten auf der Ostalb und den vielen in Blaulichtorganisationen aktiven
501 ehren- und hauptamtlich Engagierten. Sie schaffen das Gefühl von Sicherheit in der
502 Bevölkerung, das unsere Heimat so auszeichnet und selbstbewusst wie liebenswert
503 macht. Bestrebungen, Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte härter zu ahnden,
504 unterstützen wir auf Landes- und Bundesebene.

505

506 Wir setzen uns dafür ein, dass das im Wesentlichen ehrenamtliche Engagement durch
507 eine zeitgemäße Ausstattung beim Material und durch eine bessere Absicherung im
508 Schadensfall angemessen honoriert wird. Um die personelle Ausstattung der
509 Blaulichtorganisationen in Form von Nachwuchskräften auch zukünftig zu sichern,
510 können wir uns eine Honorierung in Form von zusätzlichen Rentenpunkten oder
511 Zuschüssen/Anrechnungen bspw. beim Führerschein oder dem Numerus Clausus
512 vorstellen.

513

514 Das Polizeipräsidium Aalen umfasst eine Fläche, die größer ist, als das Saarland,
515 Berlin und Bremen zusammen. Ca. 1.400 Polizeibeamte sorgen für die Sicherheit von
516 über 900.000 Bürgerinnen und Bürgern in drei Landkreisen. Auch dem Polizeipräsidium
517 Aalen droht durch die anstehende Pensionierungswelle der starken Einstellungsjahrgänge
518 eine weitere Verschärfung der Personalsituation. Die CDU-Ostalb setzt sich daher
519 dafür ein, die Einstellungs- und Ausbildungszahlen bei der Polizei stark hochzufahren.
520 Dies muss durch einen vorausschauenden Ausbau der Ausbildungskapazitäten und eine
521 attraktivere Gestaltung des Polizeiberufs einhergehen. Die Präventionsarbeit unserer
522 Polizei ist vorbildhaft und findet unsere volle Unterstützung. Wir werden weiterhin dazu
523 beitragen, die Präventionsangebote der Polizei in der Bevölkerung bekannter zu
524 machen.

525

526 Die Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes durch die Grün-Rote Regierung
527 Kretschmann war ein Fehler. Der gemeinsame Dienst von freiwilligen und hauptamtlichen
528 Polizeikräften war ein Markenzeichen der Sicherheit in Baden-Württemberg und zugleich

529 Ausdruck der tiefen Verwurzelung unserer Polizei in der Gesellschaft. Wir fordern daher
530 die Wiedereinführung des freiwilligen Polizeidienstes.

531 Unsere Kommunen ermutigen wir, Videoüberwachung im öffentlichen Raum dort, wo
532 es die strengen gesetzlichen Vorgaben zulassen, anzuwenden. Diese dient sowohl der
533 Prävention, als auch der Strafverfolgung.

534

535 **11. Verwaltungshandeln - Schlanker Landkreis, mehr Legitimation**

536

537 Dem Vorbild Bayerns und anderer Bundesländer folgend, fordern wir die Direktwahl
538 des Landrats auch in Baden-Württemberg. Die Aufgaben der Landkreise und die damit
539 verbundene Verantwortung der Verwaltungsspitze nehmen stetig zu. Eine wahlrechtliche
540 Andersbehandlung als Oberbürgermeister und Bürgermeister ist vor diesem Hintergrund
541 nicht mehr zu rechtfertigen. Dies würde die Position des Landrates in der Gesellschaft
542 stark aufwerten. Zugleich würde das Ungleichgewicht im Kreistag zwischen von der
543 Bevölkerung gewählten Kreisräten und einem vom Kreistag gewählten Landrat, der von
544 der Bevölkerung legitimierten Repräsentanten vorsitzt, lösen. Da das Landratsamt
545 Aufsichtsbehörde der Kreisgemeinden ist und zahlreiche Bürgermeister dem Kreistag
546 angehören und den Landrat daher bislang mitwählen, würde auch diese Problematik
547 durch eine Direktwahl entschärft.

548

549 Wir setzen uns dafür ein, dass nach dem Beispiel und den Erfahrungen des
550 Landkreises Göppingen, auch bei uns im Ostalbkreis Regeln und Verfahren aufgestellt
551 werden können, wie die Beteiligung der Bürger an der Entwicklung des Landkreises
552 besser, frühzeitiger und transparent gestaltet werden kann. Das Verfahren zur
553 Aufstellung dieser Regeln soll mit Drittelparität von Bürgern – Politik (Fraktionen) und
554 Verwaltung erfolgen. Des Weiteren werden wir beantragen, dass auch
555 der Ostalbkreis eine Informations- und Transparenzsatzung für seinen Aufgabenbereich
556 erlässt.

557

558 Der Staat muss Rechtssicherheit und klare Rahmenbedingungen schaffen. Leider wird
559 sein Handeln allzu häufig zum Kostentreiber. Die CDU Ostalb setzt sich für eine
560 Überprüfung und Begrenzung staatlichen Handelns in den kommunalen und
561 Landeseinrichtungen der Region ein, um die Kosten für die Bevölkerung vertretbar zu
562 halten.

563

564 Wir unterstützen die Einrichtung von Normenkontrollräten auf allen Ebenen. Diese
565 Normenkontrollräte sollen die Ehrenamtsverträglichkeit von Verwaltungshandeln prüfen
566 und diesbezüglich schädliche Entscheidungen heilen helfen. Insbesondere die
567 Landwirtschaft, die Gastronomie und die Vereinsarbeit sollten durch
568 Entbürokratisierungsmaßnahmen entlastet werden.

569